



Früh fördern, gemeinsam fördern, alle fördern

- Bensheimer Erklärung der GLB -

Nicht erst die in letzter Zeit veröffentlichten Schulleistungsuntersuchungen wie IGLU, PISA, PISA usw. zeigen übereinstimmend einen zentralen Punkt auf: Die in den ersten Lebensjahren ausgebildete Sprachkompetenz der Kinder ist die entscheidende Basis für die spätere Schul- und Berufslaufbahn. Defizite in dieser frühen Entwicklungsphase können offenkundig nur schwerlich später aufgeholt werden. Andererseits sind die Chancen einer Sprachförderung in dieser frühen Lebensphase am besten. Das wissen die Industrienationen um uns herum schon lange und handeln danach. Sie haben den Beginn gezielter pädagogischer Förderung vor den Beginn der eigentlichen Schulzeit gelegt. Viele Untersuchungen zeigen, dass der Förderbedarf keineswegs ausschließlich bei Kindern aus Migrantenfamilien gegeben ist.

Deshalb fordert die kommunalpolitisch engagierte Grüne Liste Bensheim (GLB) eine energische, organisatorische und inhaltliche Verbesserung der Lernphase im frühen Lebensalter. Dies ist auch auf kommunaler Ebene bei einer entsprechenden Kooperation der Stadt mit den anderen Trägern (z.B. Kirchen) aller Kinderbetreuungseinrichtungen und aller damit beteiligten Institutionen erreichbar. Freilich richten sich weitergehende Forderungen in erster Linie an die Landespolitik und den Gesetzgeber.

Die Grüne Liste Bensheim (GLB) fordert:

1. Bildungsangebote müssen ab dem dritten Lebensjahr kostenfrei und auf freiwilliger Basis für alle, die dies wollen, erreichbar sein (Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989).
2. Es muss eine Bildungspflicht für die Fünfjährigen im Jahr vor der Einschulung geschaffen werden, kostenfrei für die Familien. Damit kann nachhaltig die bestehende Ungleichheit der Chancen zum Schulbeginn entschärft werden.
3. Wir fordern: Alle schulpflichtigen Kinder werden in die Schule aufgenommen, keine selektierende Feststellung der so genannten Schulfähigkeit. Die Schule muss sich auf die individuellen Lernausgangslagen der Kinder einstellen. Dazu gehört eine sorgfältige Lernprozessdiagnostik. Ziffernzensuren sind in den ersten Schuljahren verzichtbar.
4. Es muss eine neue Schuleingangsstufe entwickelt werden, die die beiden ersten Schuljahre umfasst. Die Schuleingangsstufe ist inhaltlich mit dem Jahr vor der Einschulung zu verknüpfen. Dabei kann an die Erfahrungen mit der ab 1968 entwickelten Eingangsstufe angeknüpft werden.
5. Um Kindern mit Entwicklungsrückständen gerecht zu werden, muss sozialpädagogische und sonderpädagogische Kompetenz in dieser Schuleingangsstufe als integrierte Komponenten wirksam werden. Alle Kinder ohne Ausnahme müssen Gelegenheit haben, diese Einrichtung zu besuchen.
6. Die Schuleingangsstufe ist jahrgangsübergreifend. Vom Entwicklungsstand der Kinder wird abhängig gemacht, ob sie zwei oder drei Jahre bis zur Versetzung in die 3. Klasse benötigen. Dieses Verweilen bei Bedarf bietet eine konstruktive Chance der individuellen Förderung. Die zwei oder drei Jahre für die ersten beiden Klassen müssen in direkter Verbindung mit dem letzten Kindergartenjahr gestaltet werden. Es müssen für die Kindergärten/Kindertageseinrichtungen - anerkannt als Bildungseinrichtungen - und die Grundschulen gemeinsame, verbindliche Bildungspläne entwickelt werden, also für das Alter von 0 bis 10 Jahren.
7. Mittelfristig muss es das Ziel sein, die ErzieherInnen auf akademischem Niveau auszubilden. Wie in den PISA-Siegerländern wird eine gemeinsame Ausbildung der Fachkräfte des Elementar- und Primarbereichs gefordert.
8. Als Übergangsstufe wird - wie zum Beispiel jetzt in Bayern - angestrebt, für die Schlüsselpositionen von LeiterInnen der Kindertageseinrichtungen verbesserte Fort- und Weiterbildungsangebote einzurichten. Zudem sind gerade für den Elementarbereich (aber selbstverständlich auch für den Primarbereich) flächendeckende Fortbildungsprogramme erforderlich.
9. Die Schwerpunkte der Lehrerbildung sind von den Fachwissenschaften und Fachdidaktiken stärker auf diagnostische Fähigkeiten, auf Modelle der individuellen Förderung und auf die Aufgaben der Sprachförderung zu verlagern.